

Politische Dokumente  
Band 14

Tilman Mayer (Hrsg.)

**»Macht das Tor auf«**  
Jakob-Kaiser-Studien

ISBN 3-87061-529-X



BERLIN VERLAG  
Arno Spitz GmbH

A 96 - 04470

»Macht das Tor auf« : Jakob-Kaiser-Studien / Tilman Mayer  
(Hrsg.). - Berlin : Berlin Verl. A. Spitz, 1996  
(Politische Dokumente ; Bd. 14)  
ISBN 3-87061-529-X  
NE: Mayer, Tilman [Hrsg.]; GT

Gedruckt mit Unterstützung  
der Hans-Böckler-Stiftung

© 1996

BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH  
Pacelliallee 5 • 14195 Berlin

## Gliederung

Einleitung des Herausgebers . . . . .	7
Michael Schneider: Jakob Kaiser und das Ende der Christlichen Gewerkschaften 1932/33 . . . . .	11
Ludwig Reichhold: Begegnungen mit Jakob Kaiser . . . . .	43
Jürgen Michael Schulz: Emil Dovifat und die Anfänge der NEUEN ZEIT . . . . .	57
Gerhard Papke: Die Nachkriegspolitik von Wilhelm Külz – Aspekte einer Neubewertung . . . . .	67
Tilman Mayer: Adenauer und die patriotischen Frondeure in der Entstehungsphase der Bundesrepublik – Erkenntnisse durch historische Demoskopie . . . . .	95
Tilman Mayer: Der gesamtdeutsche Anspruch der Sozial- ausschüsse 1945-1961 . . . . .	114
Markus Kiefer: Nationale Rückgliederung oder Instrument der europäischen Integration? – Die Saar-Frage in der internen und öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik (1949 bis 1955) .	124
Michael Lemke: Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED zur Formierung einer bürgerlichen Opposition in der Bundesrepublik 1949 – 1957 . . . . .	171
Siegfried Dübel: Exil-CDU und Wiedervereinigung . . . . .	235
Biographischer Abriß . . . . .	265

## Jakob Kaiser und das Ende der Christlichen Gewerkschaften 1932 / 33

Am 3. Mai 1933 unterstellten sich die Christlichen Gewerkschaften dem "Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit". Mit der Auflösung der Freien Gewerkschaften vom Vortage – so rechtfertigte Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, die Bereitschaft zur "Gleichschaltung" – seien die Gründe für Entstehung und Fortbestand der Christlichen Gewerkschaften "in Wegfall gekommen. Es wäre kleinlich von uns, wenn wir diesen Tatbestand nicht positiv bejahen wollten."<sup>1</sup>

Nicht alle Mitglieder des Vorstandes der Christlichen Gewerkschaften sahen das wie B. Otte; Jakob Kaiser jedenfalls weigerte sich, die Unterstellung der Christlichen Gewerkschaften unter das "Aktionskomitee" mit seiner Unterschrift zu besiegeln. Mit gutem Recht konnte er wenige Wochen später betonen, er habe "den Weg der christlichen Gewerkschaften, wie der Gewerkschaften überhaupt, würdiger gegangen sehen [wollen], als es geschehen."<sup>2</sup> Wünschte sich Kaiser also auch offenbar eine Politik des "aufrechten Ganges", so scheint er doch letztlich keine Alternative zum Weg der Christlichen Gewerkschaften in den Untergang gesehen zu haben. Er distanzierte sich vom letzten Akt einer Politik, die er über weite Strecken wenn nicht mitformuliert, so doch unterstützt hat und die hier – bis zum Ende der Christlichen Gewerkschaften unter nationalsozialistischer Herrschaft – nachgezeichnet werden soll.<sup>3</sup>

- 1 Bernhard Otte, Neue Wege und neue Ziele, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Z) Nr. 10 vom 15.5.1933, S. 117–119.
- 2 J. Kaiser an Dr. Albert Hackelsberger vom 21. Juli 1933 (Bundesarchiv Koblenz, Nl. Kaiser 246), abgedruckt in: Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart u. a. 1967, S. 280–282, hier S. 281.
- 3 Zum Folgenden siehe Michael Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982, Teil D und E; ders., Zwischen Gegnerschaft und Unterwerfung. Die Christlichen Gewerkschaften und der Nationalsozialismus, in: Manfred Scharrer (Hrsg.), Kampflöse Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek 1984, S. 183–215.

## Christliche Gewerkschaften und Deutscher Gewerkschaftsbund im Überblick

Die Christlichen Gewerkschaften waren für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in der sie schließlich unterlagen, nicht gerade gut gerüstet. Dafür gab es – unabhängig von Fehleinschätzungen und auch politischen Defiziten 1932/33 – strukturelle Ursachen, die in der konfessionell-parteilpolitischen Bandbreite der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, wie sie sich entwickelt hatte, angelegt waren.

Die Christlichen Gewerkschaften waren – seit ihrer Gründung um die Jahrhundertwende – die zweitstärkste Gewerkschaftsbewegung, mit allerdings deutlichem Abstand hinter den Freien Gewerkschaften. Nach dem Ersten Weltkrieg bildete der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften unter dem Vorsitz von Adam Stegerwald die Arbeitersäule des 1919 gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der die nicht-sozialistischen Gewerkschaften (bis auf die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine) vereinigte. Die christlich-nationale Integrationsprogrammatische wird aus den ersten beiden Punkten des DGB-Programms deutlich, in denen – noch bevor spezifisch gewerkschaftliche Fragen angesprochen werden – die Religion als „höchster Wert“, „Volksgemeinschaft und Volksehre“ dann als „nächste Werte“ aufgeführt wurden.

Die starke Stellung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften innerhalb des DGB, dem zudem der Gesamtverband der Angestellten und der (1926 aufgelöste) Gesamtverband deutscher Beamten- und Angestelltenvereine angehörten, beruhte gewiß primär auf der Mitgliederstärke der Arbeitersäule (siehe Tabelle im Anhang); deren Einfluß wurde jedoch dadurch verstärkt, daß sie mit Stegerwald eine überaus machtbewußte Persönlichkeit an ihrer Spitze hatte, die zugleich die Führung im DGB übernahm. Daß 1929 – nach dem endgültigen Überwechseln Stegerwalds in die Politik – der Bergarbeiterführer Heinrich Imbusch an die Spitze des DGB trat, unterstreicht den Führungsanspruch der Christlichen Gewerkschaften im DGB, der allerdings nicht ohne ständige Abstimmung mit der Politik des stärksten Mitglieds der Angestelltensäule, des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DHV), realisiert werden konnte.

Die Zusammenarbeit mit diesem nationalistisch und überdies zu weiten Teilen antisemitisch orientierten Verband stellte die Christlichen

Gewerkschaften vor nicht geringe Probleme: Während die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften zu etwa 80 % katholisch waren und mehrheitlich der Zentrumspartei zuneigten, überwog im DGB der Anteil der protestantischen Konfession, und das Spektrum der parteipolitischen Orientierung reichte – nicht zuletzt dank des Umschwenkens des DHV 1929/30 – bis zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Aus dem gegen Ende der Weimarer Republik wachsenden Gewicht der Angestelltensäule im DGB und aus der konfessionell und parteipolitisch heterogenen Zusammensetzung des DGB folgten Integrationsprobleme und auch Handlungsbarrieren, die sich gerade in der Auseinandersetzung der Christlichen Gewerkschaften mit dem Nationalsozialismus zeigen sollten.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß auch die Führung der Christlichen Gewerkschaften keineswegs parteipolitisch und weltanschaulich homogen war: Das Spektrum reichte etwa von Karl Arnold, einem katholischen Republikbefürworter und Zentrumsanhänger, bis zum protestantischen Landarbeiterführer Franz Behrens, der sich zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bekannte. Zusammengehalten wurden die unterschiedlichen Flügel durch Männer wie Adam Stegerwald und auch Jakob Kaiser, die katholische Konfession und nationale Gesinnung miteinander verbanden; bei Jakob Kaiser kam ein entschiedenes Eintreten für die parlamentarische Republik hinzu, so daß er nicht so recht in das Schema durch konfessionell-parteilpolitische Grenzen geschiedener „Lager“ paßte.

### Jakob Kaisers Position in den Christlichen Gewerkschaften

Jakob Kaiser wurde am 8. Februar 1888 in Hammelburg/Unterfranken geboren.<sup>4</sup> Wie sein Vater lernte er das Handwerk des Buchbinders und trat 1904 in Schwiebus in den Katholischen Gesellenverein sowie 1906 in den Graphischen Zentralverband der Christlichen Gewerkschaften ein. Von 1908 bis 1910 folgte der Militärdienst. Nach dem

<sup>4</sup> Zu Kaisers Biographie siehe E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 9 ff.; Tilman Mayer, Jakob Kaiser. Die soziale und nationale Herausforderung, in: Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl, hrsg. u. eingel. von Tilman Mayer, Köln 1988, S. 17–133; Tilman Mayer, Ein christlicher Gewerkschafter im Widerstand. Jakob Kaiser und der 20. Juli 1944, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7, 1993, S. 593–604, hier bes. S. 597.

Besuch eines Schulungskurses des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchen-Gladbach wurde Kaiser 1912 hauptamtlicher Sekretär des Kölner Kartells der Christlichen Gewerkschaften und 1913 Vorstandsmitglied der Kölner Zentrumspartei. Im Ersten Weltkrieg war er Soldat; zweimal wurde er schwer verwundet und erhielt das EK I und II. Nach dem Ende des Krieges kehrte er zum Kölner Sekretariat der Christlichen Gewerkschaften zurück, war einige Zeit Mitglied im Wohlfahrtsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates der Stadt Köln und organisierte dann die Jugendarbeit der Christlichen Gewerkschaften; außerdem wurde Kaiser zum Stellvertretenden Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei gewählt. 1921 ging er als Geschäftsführer der Gewerkschaftszentrale des DGB nach Berlin und übernahm dann 1924 den Posten des Landesgeschäftsführers der Christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands, womit er für Rheinland, Westfalen und das Saargebiet – für jene Regionen also, in denen die Christlichen Gewerkschaften besonders stark waren – zuständig war. Außerdem war Kaiser seitdem Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Wie gesagt, Kaiser paßte nicht recht in vorschnelle konfessionell-ideologische Typisierungen: Er war katholischer Gewerkschafter und Zentrumspolitiker, zugleich prononciert national gesinnt und überzeugter Republikaner.

Einerseits fällt das nationale Element in seinen frühen Reden 1919/20 auf: So verklärte er sein Kriegserlebnis mit dem Lob auf das "Helldentum unserer Brüder an der Front"<sup>5</sup>, und er brandmarkte die Revolutionszeit als "Tage der Schande, die unser Ansehen und unsere stolze Ehre befleckten."<sup>6</sup> Gerade seine nationale Grundorientierung empfahl ihn immer wieder für "Einsätze" in bedrohten Randgebieten des Reiches. So wurde er als Beauftragter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nach Oberschlesien geschickt, wo er zwischen der Abstimmung vom 20. März und der Teilung Oberschlesiens am 20. Oktober 1921 nicht nur den Kontakt zur Interalliierten Kommission und zur französischen Generalität suchte, sondern

<sup>5</sup> Jakob Kaiser, Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes, in: Niederschrift der Verhandlungen des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 20. bis 23. November 1920 in Essen, Köln 1920, S. 120–135, hier S. 121. Zum Kriegserlebnis Kaisers siehe auch E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 53 ff.

<sup>6</sup> Jakob Kaiser, Rede vor der Metallarbeiterjugend vom 14.12.1919 (Bundesarchiv Koblenz, Nl. Kaiser 211).

auch die deutschen Selbstschutzverbände unterstützte.<sup>7</sup> Und bei der Rheinlandbesetzung wurde Kaiser als Verbindungsmann zwischen (Christlichen) Gewerkschaften und Reichsarbeitsministerium zu einer wichtigen "Schaltstelle" für die Organisation des "passiven" Widerstandes, den er möglichst lange durchzuhalten empfahl.<sup>8</sup>

Auf der anderen Seite kann aber schon für die ersten Jahre der Weimarer Republik kein Zweifel an Kaisers Beharren auf gewerkschaftlichen Grundpositionen bestehen, hatte er doch im Juni 1919 den Generalstreik als "eine Waffe" bezeichnet, die auch von den christlichen Verbänden "nicht völlig ab[zu]lehnen" sei – freilich nur, wenn sie nicht "auf Geheiß der Sozialdemokraten" zum Einsatz komme.<sup>9</sup> Im übrigen trat er frühzeitig – 1920 – dagegen auf, daß die Christlichen Gewerkschaften als "Bremsblock" gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verwandt würden.<sup>10</sup> Und in den 20er Jahren agitierte Kaiser entschieden für die Forderungen der Christlichen Gewerkschaften: Mitbesitz und Mitbestimmung der Arbeitnehmer waren Eckpunkte auch seiner gewerkschaftspolitischen Vorstellungen, die zu einer echten "Volksgemeinschaft" führen sollten. Ein Anhänger ständischer Ideen war Kaiser nicht.<sup>11</sup> Vielmehr warb er auf dem Dortmunder Kongreß der Christlichen Gewerkschaften (1926) für die Idee des "demokratischen Volksstaates", mit der er die widerstreitenden Positionen von Monarchisten und Republikanern zusammenführen wollte. Der vom Kongreß schließlich verabschiedete Kompromiß konnte wenig zufriedenstellend für Kaiser sein, wurde doch nur der "illegale Weg" zur Abschaffung der parlamentarischen Demokratie verworfen, was die Frage sonstiger Wege und damit das Bekenntnis zur Weimarer Republik bewußt offen ließ.<sup>12</sup> Aber

<sup>7</sup> Siehe dazu Hartmut Roder, Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im politisch-ökonomischen Kräftefeld der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Funktion und Praxis der bürgerlichen Arbeitnehmerbewegung vom Kaiserreich bis zur faschistischen Diktatur, Frankfurt/M. u. a. 1986, S. 338 f.

<sup>8</sup> Siehe dazu M. Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften, S. 523 f.; vgl. auch H. Roder, Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 347 f.

<sup>9</sup> Jakob Kaiser, Redenotiz vom 12.6.1919 (Bundesarchiv Koblenz, Nl. Kaiser 211); vgl. H. Roder, Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 265.

<sup>10</sup> Zitiert nach E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 92.

<sup>11</sup> Siehe dazu E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 141.

<sup>12</sup> Siehe dazu detailliert M. Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften, S. 527 ff.; vgl. Kaisers Diskussionsrede, in: Niederschrift der Verhandlungen des 11. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 17. bis 20. April 1926 in Dortmund, Berlin-Wilmersdorf 1926, S. 455–459, abgedruckt in: E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 233–236.

auch in den 20er/30er Jahren versah Kaiser sein gewerkschaftliches Engagement immer mit deutlich nationalem Akzent. Ob er den "Weg zur nationalen Gemeinschaft" oder den "nationalen und sozialen Kampfesweg der christlichen Arbeiterschaft" beschrieb oder ob er den "volkspolitischen und nationalen Willen der christlichen Gewerkschaften" beschwor – immer band er christliche und nationale Programm-Elemente zusammen zu einem breiten politischen Integrationsangebot.<sup>13</sup>

Seit Beginn der 20er Jahre war klar: Jakob Kaiser war kein "Nur-Gewerkschafter"<sup>14</sup> wie Bernhard Otte und auch Heinrich Imbusch, die nach dem Überwechseln von A. Stegerwald in die Politik an die Spitze von Gesamtverband und DGB traten. In der Konsequenz der parteipolitischen Ambitionen Kaisers – schon lange war er Stellvertretender Landesvorsitzender des rheinischen Zentrums – lag es, daß er sich 1930 um eine Reichstagskandidatur bewarb; er erreichte diese indessen nicht und rückte erst im März 1933 in den Reichstag ein.<sup>15</sup>

In Kaisers programmatisch-politischen Reden und auch in seinem praktischen Engagement spiegelt sich also die Integrationsbreite und demgemäß die Ambivalenz der christlich-nationalen Gewerkschaftspolitik, die in der Zeit der Weltwirtschaftskrise deutlich zutage trat. So begrüßten die Christlichen Gewerkschaften mit großen Hoffnungen den Regierungsantritt Heinrich Brüning, was auch auf persönliche Bindungen zurückzuführen war, war Brüning doch früher Geschäftsführer des DGB gewesen; außerdem rückte Stegerwald als Reichsarbeitsminister ins Kabinett ein. In den folgenden Monaten sahen sich die Christlichen Gewerkschaften dann trotz der Notverordnungs politik "ihrer" Regierung zu einer Loyalität gezwungen, die der Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie durchaus vergleichbar war, die die Christlichen Gewerkschaften indessen vor vielleicht noch größere Probleme stellte, weil sie sich mit der Regierung Brüning stärker identifizierten und auch identifiziert wurden als SPD und Freie Gewerkschaften.

13 So die Titel seiner Reden in Koblenz (31.1.1926), Essen (29.6.1932) und Düsseldorf (19.9.1932); vgl. T. Mayer, Ein christlicher Gewerkschafter, S. 596 f.; siehe auch die Rede vom Mai 1928 (Bundesarchiv Koblenz, Nl. Kaiser 219), abgedruckt in: Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot, S. 140–147.

14 So auch T. Mayer, Jakob Kaiser, S. 21.

15 Dazu E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 143.

## Der Beginn der Auseinandersetzung: die NSDAP als gewerkschaftsfeindlich

Ob die christlichen Gewerkschaften die Bedrohung durch den anwachsenden Nationalsozialismus wegen ihrer eigenen nationalen Orientierung übersahen oder ob sie jenen wegen ihrer eigenen Einbindung in den DGB aus organisationspolitischer Rücksichtnahme "schonten", läßt sich nicht mit Sicherheit sagen – zumal die NSDAP bis zum Sommer 1930 (und auch danach vielfach) von nahezu allen politischen Gegnern unterschätzt wurde. Die ersten Stellungnahmen der Christlichen Gewerkschaften – aus dem November 1929 und Juni 1930 – beziehen sich denn auch nur auf die "gewerkschaftsfeindliche Haltung" der Nationalsozialisten bzw. der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO).<sup>16</sup> Und auch nach den Septemberwahlen 1930, die der NSDAP mit 6,4 Millionen Wählern und 18,3 % der Stimmen einen enormen Erfolg gebracht hatten, setzte keineswegs sofort eine intensive weltanschauliche oder politische Abwehr ein. Hier mag es sich vielmehr als Bremse ausgewirkt haben, daß von den DHV-Vertretern, die in den Reichstag einzogen, 16 in der NSDAP-Fraktion saßen.<sup>17</sup>

Noch Anfang 1931 blieb die konkrete Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus weitgehend auf die Zellenbildung in den Betrieben beschränkt, gegen die sich der Vorstand des Gesamtverbandes am 17. Januar aussprach: "Selbstverständlich ist, daß die christlichen Gewerkschaften sowohl vom gewerkschaftlichen Standpunkt wie auch vom Standpunkt ihrer Verantwortung für Staat und Volk der Agitation der Nazis nicht ruhig zusehen können. Es ist darauf zu achten, daß in den Untergliederungen der Bewegung keinerlei nationalsozialistische Agitation geduldet und darüber hinaus den Ideen des Nationalsozialismus stärkstens entgegengewirkt wird. Letzteres soll weniger in Form direkter Angriffe gegen die Nationalsozialistische Partei geschehen, als vielmehr durch scharfes Herausstellen der christlich-nationalen Grundsätze und durch das Wollen unserer Bewegung."<sup>18</sup> Der öffentliche Niederschlag der Vorstandssitzung bezog sich denn auch nur auf

16 Siehe Nationalsozialismus und Gewerkschaftsproblem, in: Z Nr. 21 vom 1.11.1929, S. 295; Christliche Gewerkschaften und Nationalsozialisten, in Z Nr. 12 vom 15.6.1930, S. 189.

17 Siehe E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 145.

18 Niederschrift der Hauptvorstandssitzung vom 17.1.1931, S. 2 (Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 461–7, Nr. 83–88).

das Problem der Zellenbildung; im *Zentralblatt* wurde gegen die NS-Betriebszellen als Gewerkschaftsvorläufer, gegen NS-Berufsverbände und gegen NS-Zellen in den Christlichen Gewerkschaften Stellung genommen. Die NSDAP – so hieß es – habe “großindustrielle und agrarische Förderer”, die sich der NSDAP bedienten, um die Christlichen Gewerkschaften zu schädigen oder gar zu zerschlagen.<sup>19</sup>

Erst Ende des Jahres fanden die Christlichen Gewerkschaften – nach einer grundlegenden Rede Jakob Kaisers auf der Hauptvorstandssitzung am 21./22. Dezember 1931 in Königswinter – offenbar zu einer eindeutig politisch wertenden, von den eigenen Denktraditionen geprägten Ablehnung des Nationalsozialismus. Sowohl das Referat Jakob Kaisers als auch die Aussprache hätten – so faßte das *Zentralblatt* zusammen – die “einheitliche Erkenntnis” ergeben, “daß der Nationalsozialismus für die christliche Arbeiterbewegung etwas Wesensfeindliches ist. Er stößt sich mit dem Gesetz christlicher Weltanschauung. Sein Diktaturwille widerspricht der innersten Freiheitsauffassung des deutschen Menschen. Und hinter ihm sieht die christliche Arbeiterbewegung die Mächte der Reaktion, deren Wesensziel die Beschränkung des Lebensraumes der Arbeiterschaft ist und bleibt.”<sup>20</sup> Und am 11. Februar 1932 beschloß der geschäftsführende Vorstand des Gesamtverbandes<sup>21</sup>: “Eine energische Abwehr der Diktaturbestrebungen und der reaktionären Pläne, insbesondere auch der gewerkschaftsfeindlichen Stellungnahmen der Nationalsozialisten ist notwendig. Vor allem die nationalsozialistische Bewegung wächst sich zu einer Gefahr für unser Volksleben aus und betätigt sich in vielen Bezirken offen als arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Partei.” Dabei werde “vielfach” – so wurde geklagt – “überhaupt gar kein Unterschied zwischen christlichen und freien Gewerkschaften gemacht, sondern generell von marxistischen Gewerkschaften gesprochen. In uns vorliegenden Flugblättern spricht man offen von ‘roten und schwarzen Bonzen’.” Anscheinend ließ sich die Abwehr des Nationalsozialismus eben wegen der heterogenen parteipolitischen Zusammensetzung von Gesamtverband und DGB zunächst nur über das Argument der “Gewerkschaftsfeindlichkeit” aufbauen.

19 Siehe Die Nationalsozialisten als Zellenbildner in den Betrieben, in: Z Nr. 4 vom 15.2.1931, S. 59–61.

20 Zitiert nach Die Christlichen Gewerkschaften über Notverordnung und Nationalsozialismus, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 4 vom 23.1.1932, S. 60.

21 Protokoll der Sitzung des geschäftsf. Vorstandes des Gesamtverbandes am 11.2.1932 (Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 461–7, Nr. 19 f.).

Das weltanschaulich-politische Moment, auf dessen Bedeutung Jakob Kaiser in der erwähnten Hauptvorstandssitzung vom Dezember 1931 so deutlich hingewiesen hatte, blieb daneben noch immer relativ blaß.

Die Stellungnahme zum Nationalsozialismus sollte sich je nach den regionalen oder lokalen Verhältnissen richten: “In einigen Bezirken empfiehlt sich eine schärfere und mehr ausschließlich gegen die Nationalsozialisten gerichtete Stellungnahme. In anderen Bezirken ist es notwendig, weniger scharf gegen die NSDAP vorzugehen und die Front mehr insgesamt gegen die Pläne der Reaktion zu richten. [...] Alles in allem ist jedoch eine energische Haltung notwendig.” Das den Bezirken und Verbänden an die Hand gegebene Material war jedoch eher dürtig: “Eine kleine Broschüre von Pfarrer Gerhard Richter, betitelt ‘Völkische Rasse-Religion und biblisches Christentum’, die in unserem Christlichen Gewerkschaftsverlag zu Preisen von 30 Pfg. zu haben ist, gibt insbesondere Aufschluß darüber, was vom Standpunkt des Christentums aus gegen den Nationalsozialismus zu sagen ist.” Auch das *Zentralblatt* werde “sich später noch besonders mit der NSDAP beschäftigen”. Material sei im übrigen dem *Deutschen*, der Tageszeitung des DGB, zu entnehmen.

Eine vom Vorstand ausgearbeitete Erklärung wurde am 1. März 1932 im *Zentralblatt* publiziert.<sup>22</sup> Wurden in diesem Aufruf auch Kommunismus und Nationalsozialismus in einem Atemzug als Gegner genannt, so war die Stoßrichtung gegen letzteren – in Übereinstimmung mit dem Diskussionsverlauf in der Vorstandssitzung – doch klarer herausgearbeitet. Gegen beider Diktaturbestrebungen sollten im übrigen Abwehrformationen geschaffen werden.

Zu den in diesem Aufruf genannten “Abwehrformationen” gehörte auch die “Volksfront”, die im Frühjahr 1932 gebildet wurde. Am 6. März – so berichtete das *Zentralblatt* – fanden in mehreren rheinischen Städten Veranstaltungen der christlichen Arbeiterschaft Westdeutschlands statt; diese Kundgebungen hatten das Ziel, die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten zu unterstützen und den “offenkundigen Gefahren der radikalen Bewegungen mit aller Kraft zu begegnen”. Die Tagungen waren “zugleich” – so heißt es ohne nähere Erläuterung – “die ersten öffentlichen Kundgebungen der

22 Siehe An die christliche Arbeiterschaft, in: Z Nr. 5 vom 1.3.1932, S. 65 f.

„Volksfront“, die dazu angetreten sei, „die verfassungsmäßige Ordnung gegen alle Störungsversuche schützen zu helfen“.<sup>23</sup> Gerade diese Stoßrichtung prädestinierte Jakob Kaiser zum Hauptredner der ersten Kundgebung der „Volksfront“ in der großen Messehalle in Köln. Seine Rede wurde vom *Zentralblatt* publiziert, was darauf hindeutet, daß seine Position vom Vorstand der Christlichen Gewerkschaften mitgetragen wurde.<sup>24</sup>

Die „Volksfront“ war wohl ein Kampfbund der Christlichen Gewerkschaften im Sinne einer Parallelorganisation zu den „Hammerschaften“ der Freien Gewerkschaften; doch weder Organisationsaufbau noch Mitgliederzahlen der „Volksfront“ sind bekannt. Im August 1932 hieß es nur, die „Volksfront gegen Reaktion und Diktatur“ bilde eine „Abwehrgruppe von beachtlicher Macht“, der „übrigens nicht nur christliche Arbeiter“, sondern „auch Bürger, Bauern, Angestellte und Beamte des christlichen Volkes“ angehörten. „Sie tragen das Zeichen des Blitzes und grüßen mit dem Ruf: Frei Volk – Frei!“<sup>25</sup> Zu einem wirksamen Machtinstrument wurde die „Volksfront“ jedoch offenbar nicht.<sup>26</sup>

## Zähmung der NSDAP durch Regierungsbeteiligung

Wohl unter dem Eindruck des stetigen Aufstiegs der Nationalsozialisten tauchte im Frühjahr 1932 verstärkt die Idee auf, die NSDAP an der Regierung zu beteiligen: „Wenn die Sache nicht so ernst wäre, müßte man wünschen, daß den Nationalsozialisten recht bald Gelegenheit gegeben würde, ihre Regierungskunst zu beweisen. Ihre Taten und erst recht ihre Erfolge würden dann zu ihrem Programm und dem großen Mundwerk im allergrößten Gegensatz stehen. Leider ginge ein solches Experiment zu Lasten des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft.“<sup>27</sup> Wenige Wochen später war aus diesem Gedankenspiel des *Zentralblatts* das Konzept der Zähmung der Nationalsozialisten durch Beteiligung an der Regierungsverantwortung geworden: Bei aller Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus,

23 Siehe Volksfront gegen Diktatur und Reaktion, in: Z Nr. 6 vom 15.3.1932, S. 94–96.

24 Siehe dazu E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 150 f.

25 Frei Volk – Frei, in: Z Nr. 15 vom 1.8.1932, S. 193 f.

26 Siehe dazu E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 150.

27 Zum Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Strömungen. Der gewerkschaftsfeindliche Nationalsozialismus, in: Z Nr. 5 vom 1.3.1932, S. 79 f.

so stellte der geschäftsführende Vorstand des Gesamtverbandes am 28. April 1932 fest, sei es notwendig, „daß die NSDAP unter bestimmten Sicherungen und Voraussetzungen mit zur Regierung herangezogen wird. Erforderlich ist, den Nazis eine diesbezügliche Chance zu bieten. Falls sie eine positive Mitarbeit ablehnen, können sie nicht die Schuld auf die anderen schieben.“<sup>28</sup>

In einem Schreiben an seinen österreichischen Gewerkschaftskollegen Johann Staud machte Otte die Erwartungen und vor allem die taktischen Rücksichten deutlich, zu denen sich die Christlichen Gewerkschaften genötigt glaubten. Zwar sei klar, die Christlichen Gewerkschaften könnten „dieser Bewegung nur ablehnend und auch bekämpfend gegenüberstehen. Falls sich der Nationalsozialismus“ – so fuhr Otte fort – „durch sein Mitregieren ‚wandeln‘ sollte, würde eine andere Situation für uns eintreten, aber einstweilen sind dafür keine günstigen Anzeichen vorhanden“. Zudem betonte er, die ablehnende Haltung zum Nationalsozialismus sei einmütig erfolgt, „also mit Einschluß der evangelischen Kollegen, die sich nicht zur Zentrumspartei bekennen“. Allerdings seien die evangelischen Arbeitervereine „etwas anderer Meinung“ gewesen, was „vornehmlich daher [komme], weil ein Teil der führenden Leute [...] sich politisch zu den Deutschnationalen bekennen, also im Hugenberg-Lager stehen“.<sup>29</sup>

Schaut man in die Presse der Christlichen Gewerkschaften, so ist auffallend, daß es nach dem Frühjahr 1932 wieder recht still um den Nationalsozialismus wurde. Nur im Zusammenhang mit Reichstagsauflösung und Wahlkampf vom Sommer 1932 wurde die NSDAP erneut als Sprachrohr der „sozialen Reaktion“ gebrandmarkt. Nach der Wahl hieß es erleichtert, die Nationalsozialisten hätten „erkennen müssen, daß keine Demagogie, kein noch so niedriger Kampf gegen die Gewerkschaftsführer ihnen den Zugang zur breiten Masse der Arbeiterschaft öffnet“.<sup>30</sup> Die Ablehnung der Regierung Papen stand im Vordergrund der Agitation. Die Christlichen Gewerkschaften protestierten gegen den Preußenschlag vom 20. Juli 1932, dann mit zunehmender Schärfe gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik, speziell gegen die verordneten Tariflohnsenkungen.<sup>31</sup> Und auch der Düssel-

28 Protokoll der Sitzung des geschäftsf. Vorstandes des Gesamtverbandes am 28.4. 1932 (Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 461–7, Nr. 1).

29 Otte an Staud vom 3.5.1932 (Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 461–5, Nr. 204–207).

30 Nach dem 31. Juli 1932, in: Z Nr. 16 vom 15.8.1932, S. 206 f., hier S. 206.

31 Dazu detailliert E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 153; M. Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften, S. 736 ff.



dorfer Kongreß im September 1932 befaßte sich eher beiläufig mit dem Nationalsozialismus. Ähnlich wie die Freien Gewerkschaften<sup>32</sup> legten die Christlichen Gewerkschaften Wert darauf, klarzumachen, daß hinter der nationalsozialistischen Bewegung die Reaktion stehe. Damit meinte man wohl, die "neue" Bewegung durch den Hinweis auf die "alten Scharfmacher" desavouieren zu können. Ein direkter Zusammenhang zwischen relativer Zurückhaltung in der Agitation und den Plänen gerade des Zentrums, die NSDAP durch Einbindung zu "zähmen", läßt sich indessen nicht nachweisen; zu berücksichtigen ist, daß derartige Überlegungen und Vorstöße bereits nach den Septemberwahlen 1930 einsetzten, also schon vor den Wochen verstärkter Auseinandersetzung, die sich im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl im März 1932 zeigte. Auch ist keine Klarheit darüber zu gewinnen, ob und inwieweit die Christlichen Gewerkschaften an der Realisierung eines solchen Konzepts aktiv beteiligt waren. Allenfalls Stegerwald könnte an solchen Bemühungen mitgewirkt haben, die er rückblickend – auf der außerordentlichen Tagung des Reichsarbeiterbeirats des Zentrums am 29. Juni 1932 – durchaus als bedenkenswert einstufte: "Heute hört man vielfach, man hätte den Nationalsozialisten nach der Wahl von 1930 die Regierung überantworten sollen, dann wäre ihnen unterdessen das Rückgrat gebrochen worden, dann stellen sie heute keine Gefahr mehr für den Staat dar. Rein innenpolitisch ist das richtig. Das ging aber nicht aus weltpolitischen und aus wirtschaftlichen Gründen."<sup>33</sup>

Man wird derartige Überlegungen sicherlich nicht von vornherein als "Steigbügelhalterdienst" für die NSDAP einstufen dürfen; auch mußte sich darin nicht Anpassung an den Nationalsozialismus ausdrücken, wenngleich nicht zu übersehen ist, daß Pläne in dieser Richtung nur auf der Basis eines gewissen Konsens Aussicht auf Erfolg haben konnten.

Kaiser hat diesen Kurs wohl gebilligt, wenn er auch nicht an dessen Konzipierung und an den Besprechungen mit den Nationalsozialisten

beteiligt war.<sup>34</sup> Erst Ende 1932 läßt sich Kaisers Position in dieser Frage etwas genauer klären: Bei einer Besprechung mit Vertretern der Freien Gewerkschaften am 9. November 1932 fühlte Kaiser vor, ob die SPD eine Regierung von Zentrum und NSDAP dulden werde.<sup>35</sup> Am 19. November plädierte er im Geschäftsführenden Vorstand des Zentrums für eine Lösung, die "Hitler einschließt".<sup>36</sup> Und auf dieser Linie lag auch seine Rede am 12. Dezember 1932 vor dem Kölner Gewerkschaftskartell: "Es entspricht ja unserer Auffassung, daß die Nationalsozialisten irgendwie in den Staat eingebaut werden müssen. Ihre positive Kraft muß irgendwie dem Staat dienstbar gemacht werden. Kann es ohne die Gefahr einer Parteidiktatur geschehen, dann muß es geschehen. Auch Hitler als Reichskanzler braucht man dann nicht zu fürchten, immer natürlich unter der Voraussetzung, daß ausreichende Sicherungen und Abmachungen gegen ein Abgleiten in die Diktatur getroffen werden können." In derselben Rede glaubte Kaiser vermuten zu dürfen, der "Diktaturwille" der NSDAP sei "gebrochen".<sup>37</sup> Das war gewiß weniger eine Anspielung auf den Stimmenrückgang der NSDAP bei den Dezemberwahlen, sondern vielmehr die Antwort auf Hitlers "Legalitäts-Kurs", der die Voraussetzung für die Illusionen war, die NSDAP durch Einbindung in die Regierungsverantwortung "zähmen" zu können.

### Schwierigkeiten einer programmatischen Abgrenzung

Walter Dirks hatte bereits im Frühjahr 1931 in der *Arbeit*, der theoretischen Monatsschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), darauf hingewiesen, daß auch bei vielen Katholiken die "Worte 'Autorität', 'Vertrauen zum Führer', 'Ruhe und Ordnung' [...] ein geneigtes Ohr [fanden]. Vom Wirtschaftsprogramm der NSDAP zum 'Solidarismus', zum 'Ständestaat' und ähnlichen im Katholizismus verbreiteten Vorstellungen ist kein sehr weiter Weg. Die Front gegen 'Liberalismus und Materialismus', die der Nationalsozialismus behauptet, deckt sich zu einem Teil mit einer entsprechenden katholischen Front, und auch der Antimarxismus wird lebhaft verstanden.

32 Siehe Michael Schneider, Tolerierung – Opposition – Auflösung. Die Stellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu den Regierungen Brüning bis Hitler, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933, Frankfurt/M. 1978, S. 150–219, bes. S. 157 ff.

33 Zitiert nach Josef Deutz, Adam Stegerwald. Gewerkschaftler, Politiker, Minister, 1874–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, Köln 1952, S. 149.

34 Siehe E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 147.

35 Siehe T. Mayer, Ein christlicher Gewerkschafter, S. 597.

36 Siehe E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 147.

37 Siehe Der Deutsche Nr. 293 vom 12.12.1932; dazu E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 147; H. Roder, Der christlich-nationale Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 509.

Diese ideologischen Nachbarschaften kommen zum Teil aus tieferen katholischen Gegebenheiten religiöser und geschichtlicher Art und gelten dann sogar für den katholischen Arbeiter, der in den Christlichen Gewerkschaften und den katholischen Arbeitervereinen organisiert ist; sie hängen zum anderen Teil ebenso mit der kleinbürgerlichen Situation der meisten Katholiken, die nicht Proletarier sind, zusammen, wie sie in der NSDAP damit zusammenhängen.<sup>38</sup> Mochte Dirks, was die Anklänge von Nationalsozialismus und Katholizismus anlangte, gerade für die katholischen Arbeiterorganisationen und die Christlichen Gewerkschaften (etwa hinsichtlich des Ständegedankens) auch übertrieben haben, seine Erwartung, mit einem "weniger blutrünstigen" Nationalsozialismus könnten sich auch katholische Gläubige befreunden, wird von den Aussagen Ottes für den Fall einer "Wandlung" der NSDAP und von den "Zähmungs-Konzepten" gestützt.

In der Tat lassen sich die Versatzstücke aus dem zeitgenössischen nationalistischen Ideologie-Fundus in den Aussagen der Christlichen Gewerkschaften nicht übersehen. Wenn Hindenburg etwa im Wahlkampf als "edler germanischer Recke", als "Fels der Treue und Pflicht" apostrophiert wurde<sup>39</sup>, wenn angenommen wurde, man müsse "von deutschem Blut sein, um deutsche Kulturkraft erkennen zu können und deutsche Disziplin werten zu können"<sup>40</sup> – dann waren Anklänge an germanischen Mythos, an deutsche Wesens- und Blutideologie nicht zu verkennen.

Und auch die von Theodor Brauer, dem bedeutendsten Theoretiker der Christlichen Gewerkschaften, betriebene Propagierung berufsständischer Ideen trug – weniger wegen des Inhalts als wegen des Vokabulars – zu einer Verminderung der Trennschärfe zu nationalsozialistischen Äußerungen bei. "Stand" – so führte er 1930/31 in einem Grundsatzartikel aus<sup>41</sup> – "bedeutet eine Gesamtheit von Beziehungen, die aus dem Sein des Menschen sich ergeben oder sich darauf beziehen". Auch Brauer ging jedoch davon aus, daß für eine "gewerkschaftliche Erörterung [...] allein [das Berufsständische]

38 Walter Dirks, Katholizismus und Nationalsozialismus, in: Die Arbeit Nr. 3, März 1931, S. 201–209, hier S. 207.

39 Siehe Volk und Reichspräsident, in: Z Nr. 5 vom 1.3.1932, S. 67 f.

40 Christliche Arbeiterschaft und Zukunft des deutschen Volkes, in: Z Nr. 6 vom 15.3.1932, S. 81 f.

41 Theodor Brauer, Stand, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, S. 1544–1553.

ernsthaft in Betracht" komme. Berufsstand, das sollte sein, "eine mit öffentlich-rechtlichen Funktionen ausgestattete, auf der Berufleistung aufgebaute Ausdrucksform der Gesellschaft, die neben und mit Familie, Gemeinde und Staat das menschliche Zusammenleben in Wirtschaft und Gesellschaft in bestimmter Weise gestaltet und ordnet. Er soll gegenüber dem Staat von repräsentativer Wirkung für die von ihm Erfassten sein." Grundlage des Berufsstandes ist die Berufsgemeinschaft als die "Leistungsgesamtheit [...], die sich aus der Zusammenarbeit aller an einem Produktionszweig Beteiligten ergibt, und zwar nach den objektiv aus den bestehenden Verhältnissen sich ergebenden Gesichtspunkten, nicht aus bewußter subjektiver Grundhaltung". Beruf sollte zur Dienstleistung für die Gemeinschaft werden. "Der Funktions- und Leistungszusammenhang drängt sich ganz von selbst" – so Brauer – "als Pflichtzusammenhang auf."

Eine neue Qualität bekam die Diskussion um die berufsständische Ordnung gewiß mit der Enzyklika Pius XI. "Quadragesimo anno" vom Mai 1931, von der wohl der stärkste Anstoß für die Christlichen Gewerkschaften ausging, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. In Auswertung traditioneller christlich-sozialer Ideen wurde hier – nach dem Verständnis Brauers – eine berufsständische Ordnung "als Abwehrmittel gegen die Vermachtung des Kapitalismus und Klassenideologie des Sozialismus" propagiert. Die Grundtendenz der Enzyklika war der Versuch einer Wiederbelebung der gesellschaftlichen Lebenskreise außerhalb des Staates, durch die zugleich eine Erneuerung und damit Stärkung des Staates bewirkt werden sollte.

So erleichtert die Christlichen Gewerkschaften auch gewesen sein mögen, daß mit dieser Enzyklika nun endlich auch von päpstlicher Seite die interkonfessionellen Gewerkschaften nicht nur – wie mit der Erklärung aus dem Jahre 1912 – toleriert, sondern gebilligt wurden, so schwer taten sie sich mit dem Postulat der berufsständischen Ordnung. Sozialpflichtigkeit des Eigentums, arbeitgemeinschaftliche Prinzipien, Entproletarisierung der Arbeiterschaft – all dies konnte die Zustimmung der Christlichen Gewerkschaften finden; die berufsständische Idee erschien ihnen jedoch noch Ende 1931/Anfang 1932 als "zu wenig geklärt", um dazu abschließend Stellung zu nehmen.<sup>42</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt war den Bemühungen vor allem Brauers, die Christlichen Gewerkschaften von der Stände-Idee zu überzeugen, offenbar kein großer Erfolg beschieden gewesen. Und

42 Siehe Allgemeiner Rückblick, in: Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1932, S. 4.

der Geschäftsführende Vorstand des Gesamtverbandes beschloß am 28. April 1932: "Den Strömungen in verschiedenen Schichten, die sich z.Z. auch im katholischen Lager bemerkbar machen, eine so geartete Form der berufsständischen Gliederung zu propagieren, daß sie sich nachteilig auch für die Gewerkschaften und Arbeiter auswirken muß, soll verstärkt begegnet werden."<sup>43</sup>

Erst dank der ungeteilten Zustimmung, die Brauers Rede über den "Kampf um die Sozialpolitik als gesellschaftliche Kraft" auf dem Düsseldorfer Kongreß vom September 1932 fand, konnte der Eindruck entstehen, die Christlichen Gewerkschaften hätten sich nun insgesamt dem berufsständischen Konzept verschrieben.<sup>44</sup> Nachdem Brauer in dieser Rede die verschiedenen Spielarten des Kampfes gegen die Sozialpolitik vorgestellt hatte, entwickelte er sein Konzept zu deren Reform. Deutlich wie kaum zuvor distanzierte er sich dabei von ständischen Programmen, "hinter denen [...] ausgesprochene Gegerschaft gegen die Demokratie lauert". Auch sah er sich zu einer zeitgemäßen Interpretation des "veralteten Begriffs des Berufsstandes" genötigt; Berufsstand "im heutigen Sinne" könne nur sein: "Die Gesamtheit aller derjenigen, die in einem Produktionszweig zusammenarbeiten und durch diese Zusammenarbeit eine Gesamtleistung hervorbringen."<sup>45</sup>

Damit war – genau besehen – die traditionelle Berufsidee, die ebenso handwerklich geprägt wie wertbeladen war, aufgegeben worden zugunsten der Akzeptierung des Gewerbebezweiges als Strukturelement der Wirtschaft. Zwar bemühte sich Brauer immer wieder, die Traditionslinien der Berufsgemeinschaft bis zu Kolping zurückzuführen, um überdies nachzuweisen, daß die berufsständische Idee "urdeutscher Grundeinstellung" entstamme, daß sie eine "national-deutsche Idee" sei, doch dies konnte nur vordergründig darüber hinwegtäuschen, daß die "alte" Berufsidee im Grunde aufgegeben worden war. Nur die Begriffs-Hülse blieb erhalten; an sie klammerten sich

die Christlichen Gewerkschaften – auch auf die Gefahr hin, in eine durchaus sozialreaktionäre und antidemokratische Nachbarschaft zu rücken. Wären die Christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf von ihrer Gewohnheit abgegangen, über die Reden Brauers nicht zu diskutieren, so wären diese Probleme vielleicht offengelegt worden. So aber blieb in der Tat ein geschlossenes Bekenntnis zur berufsständischen Ordnung, die mit den überkommenen Begriffen "Beruf" und "Stand" kaum etwas inhaltlich gemein hatte. Dennoch wird man die Integrationskraft dieser formelhaft-affektiven Anbindung an die christlich-soziale Tradition kaum überschätzen können. Blieben auch die konkreten Vorschläge zum Aufbau einer berufsständischen Ordnung – selbst die Brauers auf dem Düsseldorfer Kongreß – eher bescheiden, so mag von den Begriffen eine Faszination ausgegangen sein, die über den Inhalt weit hinausging und wohl auch hinausgehen sollte. Auch sei nicht übersehen, daß das Postulat der berufsständischen Ordnung darüber hinwegtäuschen konnte, daß die Christlichen Gewerkschaften über kein z. B. dem Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB an Konkretion vergleichbares Wirtschaftsprogramm verfügten;<sup>46</sup> vielmehr schien der berufsständische Aufbau zum Allheilmittel in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise der dreißiger Jahre zu werden, was den Mangel an entsprechenden Konzepten nur mühsam verdeckte.

Es paßt zur entschiedenen Ablehnung ständestaatlicher Ideen, daß sich die Christlichen Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik so deutlich zu diesem Staat bekannten wie nie zuvor. Dem Berichterstatter der *Sozialen Praxis* galt der Düsseldorfer Kongreß vom September 1932 als eine "begeisterte Kundgebung für den republikanischen Volksstaat", der – darüber blieben angesichts der schwarzrot-goldenen Fahnen kaum Zweifel – mit der bestehenden Republik identifiziert wurde.<sup>47</sup> Inhaltlich festgelegt auf diese Position wurden die Christlichen Gewerkschaften mit dem Referat ihres Vorstandsmitglieds Jakob Kaiser über den "volkspolitischen und nationalen

43 Protokoll der Sitzung des geschäftsf. Vorstandes des Gesamtverbandes am 28.4.1932 (Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 461–7, Nr. 1).

44 Siehe Georg Beyer, Berufsständische Idee und christliche Gewerkschaften. Ein Nachwort zum Düsseldorfer Kongreß, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 41 vom 8.10.1932, S. 649 ff.

45 Theodor Brauer, Der Kampf um die Sozialpolitik als gesellschaftliche Kraft, in: Niederschrift der Verhandlungen des 13. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten vom 18. bis 20. September 1932 in Düsseldorf, Berlin o.J., S. 368–398.

46 Dazu Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975.

47 Siehe Werner Bohnstedt, Der Düsseldorfer Kongreß der christlichen Gewerkschaften, in: Soziale Praxis Nr. 39 vom 29.9.1932, Sp. 1222.

Willen der christlichen Gewerkschaften".<sup>48</sup> Auch hier zeigte sich – von "Volkstum" über "volklich" und "national" bis hin zu "Blut und Eisen" – manch Anklang an die nationalistischen Phrasen der dreißiger Jahre. Auch lehnte Kaiser – auf den Spuren Stegerwalds – die "mechanische westlerische Demokratie" ab und wandte sich gegen die "Formaldemokratie"; eine Weiterarbeit an der Verfassung mochte er jedoch nur akzeptieren, wenn die Grundlage für einen "sozialen Volksstaat erhalten bleibt". Diese Grundlage – so fuhr er fort – "beruht auf der politischen und sozialen Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Deutschen, aller Schichten und Stände. Diese Grundlage ist kein verpönter liberaler Bestandteil der Weimarer Verfassung. Sie ist auch kein Zeichen westlicher Demokratie. Sie ist tiefstes, christliches Gesetz, das keine Minderbewertung von Menschen und Ständen kennt." Die Fortentwicklung der Verfassung dürfe nicht von oben, von einer "volksfremden Regierung" betrieben werden, sondern nur in "verfassungsmäßiger Zusammenarbeit mit dem Volke und seinem gewählten Parlament". Damit wandte er sich auch gegen jedes Konzept einer "autoritären Demokratie".

So könne die Arbeiterschaft auch nicht die "absolute Verwerfung des vielgeschmähten Parlamentarismus" mitmachen. Nicht der Parlamentarismus habe versagt, sondern verderblich sei ihm die "Entartung mancher Parteien" geworden. Nicht der Parlamentarismus habe versagt, sondern das Parlament – "weil es wissentlich und willentlich boykottiert worden ist". Vor allem die Nationalsozialisten wurden hier genannt: "Der Nationalsozialismus, der sich so national und so sozial gebärdet, hat die soziale Reaktion [...] in die Regierungssessel gehoben." So weit hätte es jedoch nicht kommen müssen, wenn neben dem Parlament die "wirtschaftlichen Korporationen als Willensausdruck des Volkes" die politischen und wirtschaftlichen Kontroversen ausbalanciert hätten; deren Einrichtung sei wenigstens jetzt zu verwirklichen. Kaiser diagnostizierte mit dieser Rede die Krise des Parteienstaates Weimarer Prägung, aber er wollte diesen nicht abschaffen, sondern reformieren. Dennoch ist einerseits zu fragen, ob nicht die von Kaiser und Brauer betonte Reformnotwendigkeit des parlamentarischen Systems manchem Anhänger monarchisch-autoritärer Staatsvorstellungen Beifall abnötigte, eben weil dadurch

die Bejahung der Republik relativiert wurde. Andererseits aber ist zu bedenken, ob nicht rechtzeitige Reformen das System der Weimarer Demokratie hätten stabilisieren können. Außerdem muß sowohl bei den Aussagen zur parlamentarischen Republik als auch bei der Propagierung berufsständischer Ideen überlegt werden, ob derartige Stellungnahmen nicht indirekt zu einer Schwächung der Weimarer Demokratie beigetragen haben, auch wenn dies den Intentionen zumindest Jakob Kaisers gewiß diametral zuwiderlief. Konnte nicht auch die Wortwahl der Christlichen Gewerkschaften zum Teil den Eindruck entstehen lassen, sie paßten sich an den "Zeitgeist" an? In ihrer Politik lag gewiß eine Unterschätzung des Machtwillens und -anspruchs der Nationalsozialisten, mit der die Christlichen Gewerkschaften sich indessen nicht grundsätzlich von den Freien Gewerkschaften unterschieden. Vielleicht aber hat das Bemühen der Christlichen Gewerkschaften, durch eigenes nationales Pathos dem Nationalsozialismus das Wasser abzugraben oder ihn durch Beteiligung an der Regierung zu "zähmen", unter Umständen der NSDAP eher die Aura einer gewissen "Hoffähigkeit" verliehen, die erst Hindenburgs Auftrag zur Regierungsbildung an den "böhmischen Gefreiten" ermöglichte.

### **Anpassung an den "Neuen Staat"**

Auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gingen die Christlichen Gewerkschaften – so in ihrem Aufruf vom 30. Januar 1933 – noch immer davon aus, es sei "der volks- und arbeiterfeindliche Wille der Hugenberg und Papen", der den Regierungskurs bestimmen werde.<sup>49</sup> Insgesamt wurde die "folgeschwere Entscheidung" Hindenburgs, Hitler zum Reichskanzler zu berufen, bedauert. Nur am Rande sei vermerkt, daß den Christlichen Gewerkschaften ihre eindeutige Ablehnung der neuen Regierung dadurch nicht unerheblich erleichtert wurde, daß die Verhandlungen Hitlers mit der Zentrumsführung Ende Januar 1933, die von letzterer zum Ausloten der Möglichkeit einer etwaigen Regierungsbeteiligung geführt wurden, rasch gescheitert waren, und zwar am Desinteresse Hitlers.<sup>50</sup> "Hindenburg hat" – so hieß es in der Vorstandserklärung vom 30. Januar bitter – "das Kabinett der Harzburger Front, der

<sup>48</sup> Siehe Jakob Kaiser, Der volkspolitische und nationale Wille der christlichen Gewerkschaften. Vortrag, gehalten auf dem 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Düsseldorf am 19. September 1932, Berlin 1932. Vgl. auch den auszugsweisen Nachdruck in: Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot, S. 152–167.

<sup>49</sup> An die christliche Arbeiterschaft, in: Z Nr. 4 vom 15.2.1933, S. 37.

<sup>50</sup> Siehe dazu Rudolf Morsey, Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9, 1961, S. 182–194.

Front der Gegner seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten, unter Hitlers Führung bestätigt". Damit stehe "die deutsche Arbeiterschaft vor neuem Kampf" – einem Kampf "um Menschenrechte und Menschenwürde, um Arbeit und Brot".

Von "Kampf" war viel die Rede – doch wie und wo, das wurde nicht gesagt. Bereits die "Machtergreifung" ließ den DGB im übrigen – politisch – auseinanderbrechen. Im *Deutschen* wurde Enttäuschung darüber geäußert, daß Hitler von Papen und Hindenburg eingeraht sei.<sup>51</sup> Und der DHV hatte sich nicht bereit gefunden, eine Gewerkschaftserklärung zu unterzeichnen, in der das neue Kabinett als Regierung der "sozialen Reaktion" abgelehnt wurde; in seinem Glückwunschtelegramm an Hitler vom 1. Februar 1933 wies der DHV auf eben diesen Umstand deutlich hin.<sup>52</sup> Einige Wochen später, am 29. April 1933, schaltete sich der DHV freiwillig gleich; der DGB war damit im April 1933 auch organisatorisch zerbrochen.

Einmal mehr setzten die Christlichen Gewerkschaften – und nicht nur diese – alle Hoffnungen auf die nächsten Wahlen. Wieder sollte "Kampf" eigentlich "Wahlkampf" sein.<sup>53</sup> Daß noch der Nationalsozialismus an der Macht unterschätzt wurde, zeigte nicht nur die Tatsache, daß sich die Opposition mehr gegen Hugenberg und Papen als gegen Hitler richtete, sondern vor allem in der Hoffnung, "daß die junge deutsche, ehrliche Kraft, die [...] im Nationalsozialismus lebendig ist, sieghaft wird über den volksfremden Willen des Faschismus. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß der soziale Wille, der im Nationalsozialismus nach Erfüllung ruft, stärker ist als das, was sich an Reaktion in ihm gefunden hat".<sup>54</sup>

Wir wissen nicht, ob Kaiser derartige Hoffnungen teilte. Bemerkenswert ist jedoch, daß Kaiser nicht dazu bereit war, durch Abwertung der Sozialdemokratie die eigene politische und gewerkschaftliche Bewegung den neuen Machthabern zu empfehlen. Wie schon auf dem Düsseldorfer Gewerkschaftskongreß 1932 stellte er sich in einer Rede in der Kölner Messehalle am 23. Februar 1933 vor die Sozialdemokraten, denen er anerkennend ihren mehrfach bewiesenen Opfermut für das Vaterland bescheinigte.<sup>55</sup>

Jakob Kaiser kandidierte im Frühjahr 1933 in Essen für den Reichstag. Nach der Wahl vom 5. März zog er in den Reichstag ein und nahm auch an der konstituierenden Sitzung des Parlaments in der Potsdamer Garnisonskirche am 21. März 1933 teil.<sup>56</sup>

Die Wahlen vom 5. März 1933 sollten – so meinte das *Zentralblatt* – für lange Zeit die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Volkes gebracht haben. Wenn der "beispiellose Erfolg" der NSDAP darauf zurückgeführt wurde, daß diese Partei den nationalen und sozialen Sehnsüchten des deutschen Volkes entgegengekommen sei, so hätten sich die Christlichen Gewerkschaften fragen müssen, ob nicht auch sie selbst den Boden für die Illusionen über den Nationalsozialismus bereitet haben. Wie sich die Christlichen Gewerkschaften nach diesem Wahlergebnis auf die neue Situation einzustellen versuchten, zeigt der Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 8. März: Eine Stellungnahme zur Regierung wurde vermieden; vom "sozialen Volksstaat" wurde nicht mehr gesprochen. Statt dessen forderten sie den Aufbau einer "organischen, vom Willen zur Selbstverantwortung getragenen berufsständischen Sozialordnung". "Deutsch" – und deshalb genossenschaftlich müsse der Aufbau sein; und in Freiheit solle das Werk vollbracht werden; eine "starke, objektive Staatsgewalt" müsse die "freiheitliche Rechtsordnung gewährleisten".<sup>57</sup>

Dieser "Revolution", so wird klar, dieser "nationalen Revolution" konnten sich die Christlichen Gewerkschaften nicht versagen. Dies machte auch die Stellung zum Ermächtigungsgesetz deutlich. In der Tat hatte das Votum der Gewerkschafter – gemeint können, auch wenn es nicht ausdrücklich vermerkt ist, nur die Christlichen sein – für das Abstimmungsverhalten des Zentrums eine gewisse Bedeutung. In der Fraktionssitzung vom 23. März hatte Stegerwald den Bericht von Prälat Ludwig Kaas, dem Zentrums-Vorsitzenden, über die Verhandlungen mit Hitler zum Ermächtigungsgesetz durch den Hinweis ergänzt: "Die Gewerkschaften müßten sich vom Marxismus freimachen, sonst gäbe es keinen Frieden."<sup>58</sup> Mochte dies für die Christlichen Gewerkschaften auch nicht so problematisch sein, so konnten sie die Stellung zum Ermächtigungsgesetz nicht allein davon

51 Der Deutsche vom 1.2.1933.

52 Siehe DHV an Hitler vom 1.2.1933 (Bundesarchiv Koblenz, R 43 II, 531, Nr. 2).

53 Siehe Vor neuem Kampf, in: Z Nr. 4 vom 15.2.1933, S. 38 f.

54 Die Entscheidung am 5. März, in: Z Nr. 5 vom 1.3.1933, S. 49–51, hier S. 51.

55 Kölner Lokalanzeiger vom 23.2.1933.

56 Dazu E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 166 und 169.

57 Die christlich-nationalen Gewerkschaften für Freiheit und Ordnung, in: Z Nr. 6 vom 15.3.1933, S. 61 f.

58 Protokollentwurf der Zentrumsfraktionssitzung vom 23.3.1933 (Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen 44).

abhängig machen. Ausgehend von dem Bemühen um ein "einheitliches Votum" zum Ermächtigungsgesetz in der Fraktionssitzung vom 23. März hatte Joseph Ersing, der Landesgeschäftsführer der südwestdeutschen Christlichen Gewerkschaften, Gewerkschafter konsultiert, um sich – und die Fraktion des Zentrums – nach dieser Richtung hin abzusichern. Ersing berichtete der Fraktion, "die Vertreter der Arbeiterschaft hätten ihn beauftragt – trotz allem – aus Liebe zum Volk der Ermächtigung die Zustimmung zu geben. Man solle wieder sagen, daß in der Stunde der Gefahr der ärmste Sohn der getreueste war."<sup>59</sup>

Jakob Kaiser gehörte wohl zur Minderheit der Abgeordneten, die sich in der Fraktionssitzung für die Ablehnung der Ermächtigungsgesetzes aussprachen. Dafür wurde er von Stegerwald, der sich für die Zustimmung einsetzte, als zu jung und unerfahren kritisiert. So beugte sich Kaiser dem Druck der Fraktionsdisziplin, empfand aber das "Ja" zum Ermächtigungsgesetz als "moralisches Versagen".<sup>60</sup>

### Ein neues Programm

Auch das neue Programm der Christlichen Gewerkschaften, die Essener Richtlinien, trug den Stempel der Neubewertung der Situation. Ab März 1933 wurde von den Christlichen Gewerkschaften offenbar in Rechnung gestellt, daß es sich beim nationalsozialistischen Regime zum einen um eine "Wende" und zum zweiten um einen dauerhaften "neuen Staat" handelte. Nicht Gegnerschaft, sondern Mitarbeit war von nun an die Parole. Die Christlichen Gewerkschaften stünden – so hieß es nun auch bei Kaiser<sup>61</sup> – zwar abseits von der "nationalen Revolution", aber nicht abseits vom starken nationalen und sozialen Erleben, das das deutsche Volk durchflute. Sie seien doch von Anfang an "die Bewegung [gewesen], die sich aus der christlichen Idee dem Klassenkampf entgegenstellte. Die sich in starkem nationalen Willen dem internationalen Zug des deutschen Sozialistentums entgegenstellte".

59 Zitiert bei Josef Becker, Zentrum und Ermächtigungsgesetz 1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9, 1961, S. 195–210, hier S. 210.

60 Dazu E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 170 ff.

61 Nationale Revolution und christliche Gewerkschaften, in: Z Nr. 7 vom 1.4.1933, S. 73 f.

Es scheint, als fielen die Christlichen Gewerkschaften dem Pathos der "Revolution" zum Opfer: "Was morsch war ist gefallen. Und eine Welle junger Kraft hat Deutschland überspült. Die verantwortlichen Führer dieser jungen Kräfte, heute auch die Führer des deutschen Staates, haben dem deutschen Volk versprochen, diese junge Kraft für das gesamte Volk einzusetzen. Sie haben, im Besitz der Macht, Recht und Gerechtigkeit zugesagt für alle, die Deutschland lieben. – Durch diese Zusicherung war die Zustimmung weiter Kreise zum Ermächtigungsgesetz möglich. – Das ist es, worauf auch die deutsche Arbeiterschaft wartet. Aber nicht nur darauf. Weil sie Deutschland liebt, will sie mitarbeiten." Dies zu bekunden, sei der Sinn der Vorstands- und Ausschußsitzung vom 16. und 17. März in Essen gewesen, die mit einem neuen Programm bewiesen habe, daß die Christlichen Gewerkschaften "aus ihrer nationalen und sozialen Tradition einen neuen Gestaltungswillen zu formen wissen". Die Christlichen Gewerkschaften hätten "ihren Willen zur Mitarbeit" gezeigt.

Es würde zu weit führen, das ganze Programm vom März 1933 detailliert vorzustellen; nur auf die "Allgemeinen Zielsetzungen" sei eingegangen, in denen die Christlichen Gewerkschaften ihre Grundsätze darlegten, wobei immer wieder die berufsständische Ordnung als Garant für die Realisierung der einzelnen Zielvorstellungen galt. Ob die "mögliche Sicherung der Existenz des einzelnen" zum "Hauptziel der berufsständisch geordneten Gesellschaft und Wirtschaft" wurde (1), ob diese Ordnung durch Förderung von Eigentumserwerb (vor allem an Grund und Boden) die Familie unterstütze (2) oder ob der Berufsstand zu einer "Lebensgemeinschaft" entwickelt werden sollte – die Skepsis, die noch 1932 spürbar war, schien verflogen. Der berufsständische Aufbau und die Ordnungsfunktion der Berufsstände wurden für die Christlichen Gewerkschaften – im Frühjahr 1933 – zu dem "Weg, ihre alten Forderungen der Mitverantwortung und Subjektstellung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß zu verwirklichen" (3).

Vom "sozialen Volksstaat" war nicht mehr die Rede; die Weimarer Verfassung wurde nicht mehr erwähnt. Der Staat wurde von den Christlichen Gewerkschaften "als ein naturhaftes, von einer geistig-sittlichen Gesellschaftsauffassung gefordertes Ordnungssystem von eigener Würde und Hoheit anerkannt und bejaht. Seine Entlastung durch die berufsständische Selbstverwaltung soll ihn für das eigentlich Politische freimachen". (4) Und auch das Bekenntnis zu einer "freien,

starken, deutschen Nation“ kam ohne die Nennung der sozialen Orientierung aus, die noch 1932 erst eine „echte“ Nation ausgemacht hatte. „Deutschland muß frei sein, muß wehrhaft sein, um seine Weltgeltung wiederzuerlangen und zu behaupten.“ (5) Das Machtdenken wurde geradezu zur Voraussetzung für den Weltfrieden: „Freie, starke Nationalstaaten, in Gleichberechtigung und Gleichachtung einander verbunden, sind das beste Unterpfand für den Weltfrieden und die Zukunft der Völker.“ (6)

Auch wenn in den Erläuterungen der Richtlinien, die von Otte und Stegerwald – Brauer sprach über den berufsständischen Aufbau – auf der Kundgebung in Essen gegeben wurden, von „sozialer Gleichberechtigung“ und von der „Sozialidee“ der Christlichen Gewerkschaften die Rede war, auch wenn die Kundgebung unter dem Leitgedanken „Ordnung und Freiheit“ stand, so ist doch die Anpassung an den „Zeitgeist“ nicht zu verkennen. So verwahrte sich Otte gegen den Verdacht, die Kundgebung könne den Zweck haben, „zu den politischen Geschehnissen der letzten Zeit Stellung zu nehmen“; so betonte er parteipolitische Neutralität und stetigen Kampf gegen die Klassenkampfauffassung, und so versprach er, die Christlichen Gewerkschaften wollten „sich voll und ganz in den Dienst einer Neuordnung stellen“. Sie könnten „nicht nur wertvolle Bausteine“ für „den zukünftigen Neuaufbau“ liefern, „sondern sie wollen das auch und stellen sich bewußt in den Dienst der großen Sache“.<sup>62</sup>

Die Absetzung vom „Klassenkampfdenden“ und das Bekenntnis zum nationalen Staat blieben in der Tradition der Christlichen Gewerkschaften, die sich nun – im Frühjahr 1933 – vorwiegend als christlich-nationale Gewerkschaften bezeichneten; auch die Betonung der „parteilichen Neutralität“ knüpfte an die Formeln vergangener Jahre an, bedeutete aber 1933 gewiß ein Abrücken von der Zentrums-partei. Insgesamt wird man sagen können, daß es die Christlichen Gewerkschaften deutlich einfacher hatten als der ADGB, sich auf den Boden der neuen Situation zu stellen.

Wird man sich auch vor einer inhaltlichen Identifizierung der Schlagwörter und Programmaussagen von Nationalsozialisten und Christlichen Gewerkschaften hüten müssen, so ist doch nicht zu verkennen, daß angesichts der gleichlautenden Begriffe – von Nation

<sup>62</sup> Zitiert nach Tagungen der Christlichen Gewerkschaften, in: Gewerkschafts-Zeitung Nr. 12 vom 25.3.1933, S. 178.

und Stand bis zu Führer und Volksgemeinschaft – die Differenzen nicht allen Zeitgenossen klar gewesen sein mögen. Die Christlichen Gewerkschaften benutzten ihre traditionellen Begriffe auch zu jener Zeit weiter, als nicht (mehr) deren christlich-soziale, sondern die ihnen durch die „neue“ nationalsozialistische Propaganda unterlegte Bedeutung im öffentlichen Bewußtsein prägend war. Mochte man sich auf seiten der Christlichen Gewerkschaften auch über die Gefahr einer schleichenden Aushöhlung der „eigenen“ Schlagwörter noch 1931/32 nicht im klaren gewesen sein, zu Beginn des Jahres 1933 – vor allem seit März – ließ sich das Beharren auf den überkommenen Begriffen durchaus dem Bemühen um Anpassung an den „neuen Staat“ einordnen.

### „Gleichschaltung von unten“

Wie stark nach wie vor die weltanschaulichen und politischen Gegensätze zwischen den Richtungsgewerkschaften wirksam waren, zeigt sich wohl auch darin, daß es erst (viel zu) spät zu Verhandlungen über einen organisatorischen Zusammenschluß kam. Alle Versuche, zu einer institutionalisierten Form der Zusammenarbeit zu gelangen, waren bisher gescheitert; das galt auch für den Appell von Walter Dirks, der zwischen christlicher und sozialistischer Arbeiterschaft durch „gegenseitiges Ernstnehmen“ eine „bundesgenössische Aktionsgemeinschaft“ gebildet sehen wollte: „Im Kampf gegen den Faschismus, in der gemeinsamen Arbeitsmarktfrent und in der Vorbereitung einer künftigen demokratischen Wirtschafts- und Staatsordnung gibt es auch heute“ – so führte er im November 1932 aus – „schon für diese Aktionsgemeinschaft Anlaß und Inhalt genug.“<sup>63</sup>

Eine „Aktionsgemeinschaft“ wird man das, was im Frühjahr 1933 dann ausgehandelt wurde, indessen kaum nennen können. Weder Freie noch Christliche Gewerkschaften hatten in den Februartagen den Weg zum aktiven Widerstand gegen die nationalsozialistische Machtübernahme beschritten. Schon daß das Problem der Vereinigung der Gewerkschaften vielfach unter dem Namen der „Einordnung“ in den „neuen Staat“, unter dem Titel „Gleichschaltung von innen“ oder „Einschaltung“ behandelt wurde, deutet auf die Defensivposition der Gewerkschaften hin. Allen Gewerkschaftsverbänden

<sup>63</sup> Walter Dirks, Zur theoretischen Situation der christlichen Arbeitnehmer, in: Die Arbeit Nr. 11, November 1932, S. 687–695, hier S. 695.

gemeinsam war in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft das Bemühen, durch Herausstellen ihres – immer schon bewiesenen – Verantwortungsbewußtseins gegenüber Volk und Vaterland den Willen zur Mitarbeit am Aufbau des "Neuen Staates" zu legitimieren, um damit das Überleben der eigenen Organisation zu sichern.

Wie spät die Verhandlungen zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft begonnen wurden, illustriert das Schreiben von Anton Erkelenz von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen an Adam Stegerwald vom 1. April 1933<sup>64</sup>, in dem Erkelenz den Gedanken vorbrachte, "daß die drei alten Gewerkschaftsrichtungen sich von sich aus verschmelzen und sich dann der Regierung als Einheitsgewerkschaft präsentieren. [...] Wenn die Gewerkschaften selber die Umformung zur Einheitsgewerkschaft in die Hand nehmen, können sie vielleicht erreichen, daß diese Einheitsgewerkschaft eine freiwillige Gewerkschaft im bisherigen Sinne bleiben wird, daß also keine staatliche Zwangsgewerkschaft daraus wird."

Erkelenz betonte, daß er diese Anregung auch dem Gewerkschaftsring unterbreitet habe. Von den Freien Gewerkschaften könne "man nach Lage der Verhältnisse nicht erwarten, daß diese Initiative von ihnen kommt. Da der wahrscheinliche Widerstand gegen die Einheitsgewerkschaft ja vermutlich bei den Christlichen Gewerkschaften liegen wird, so müßte der Gedanke in erster Linie von dort kommen." Erkelenz wollte sein Schreiben als "rein private Anregung" verstanden wissen, meinte auch wenig Hoffnung haben zu dürfen, daß sich die Christlichen Gewerkschaften für diese Idee erwärmen könnten, hielt aber den Vorstoß im "allgemeinen nationalen Interesse und noch mehr im Interesse der Gewerkschaftsbewegung überhaupt" für "eine dringende Notwendigkeit".

Bereits am 5. April 1933 erklärte sich der Bundesausschuß des ADGB bereit, an einer Vereinheitlichung des Gewerkschaftswesens mitzuwirken. Und auch der *Regulator* der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine betonte: "Die Schaffung einer wirklichen Einheitsgewerkschaft wird unsere freudige Mitwirkung finden."<sup>65</sup> Namens der Christlichen Gewerkschaften sprach sich Kaiser am 12. April auf einer

Kundgebung in Köln für eine "organische Einordnung" der Gewerkschaften bzw. für eine "Gleichschaltung von innen" aus, wobei er die Freien Gewerkschaften ausdrücklich einschloß. Auch die Anhänger der Freien Gewerkschaften gehörten – so Kaiser – zur "Elite" der Arbeiterschaft, auf deren Mitarbeit der Nationalsozialismus nicht verzichten könne; letzterem bescheinigte Kaiser im übrigen, er sei "so stark [...] aus dem sozialen Willen breiter Volkskreise hinausgewachsen", daß er nie "nationalkapitalistisch" werden könne.<sup>66</sup>

Einen Tag zuvor hatten die Christlichen Gewerkschaften noch einen Versuch unternommen, "auf eigene Faust" das Überleben ihrer Organisation zu sichern. In einer Besprechung mit Josef Goebbels sagten sie ihre Teilnahme an der Mai-Feier zu – für den Fall, daß ihnen der Bestand der Christlichen Gewerkschaften garantiert werde. Goebbels notierte in seinem Tagebuch: "harmlose Naivlinge."<sup>67</sup>

Parallel zum Anpassungsprozeß der Gewerkschaften an die neue Situation, der mit den Erklärungen der Richtungsgewerkschaften zum 1. Mai als "Tag der nationalen Arbeit" seinen Höhepunkt erreichte, liefen dann die Verhandlungen um die Bildung eines "Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften". In einer auf den 28. April 1933 datierten Übereinkunft erklärten sich die Gewerkschaften zu "positiver Mitarbeit am neuen Staat bereit". Sie meinten der "großen Aufgabe des neuen Staates, alle Kräfte zu einer stärkeren Einheit zusammenzufassen, am besten dienen [zu können], wenn sie sich über alle Trennungen der Vergangenheit hinweg zu einer einzigen umfassenden nationalen Organisation der Arbeit vereinigen." Diese Einigung sollte durch einen "Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften" herbeigeführt werden.<sup>68</sup>

Es scheint, als hätten sich die Christlichen Gewerkschaften – dank der "Gunst" der Stunde – weitgehend durchgesetzt. Die Abkehr von Klassenschema und Internationalismus und das Bekenntnis zur Neugestaltung von Volk und Nation sowie zum Ziel der Förderung

64 Erkelenz an Stegerwald vom 1.4.1933 (Stegerwald-Archiv, Nachtragsband, Nr. 19).

65 Alle Stellungnahmen zitiert nach: Stimmen zur Reform der Gewerkschaften und der Sozialordnung, in: Soziale Praxis Nr. 17 vom 27.4.1933, Sp. 520 f.

66 Jakob Kaiser, Christliche Gewerkschaften und nationale Revolution. Vortrag vor Vertrauensleuten der Kölner christlichen Gewerkschaften vom 12.4.1933, in: Z Nr. 9 vom 1.5.1933, S. 106–111, hier S. 110; abgedruckt in E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 271–280.

67 Nach E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 180.

68 Siehe Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte XIII, 1973, S. 207–242; ders., Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XV, 1975, S. 365–392.



eines gesunden Staates und Volkes lagen eher in der Tradition der christlich-nationalen Gewerkschaften als in der des ADGB, wenngleich dieser 1933 den Versuch unternahm, seine Geschichte in diesem Sinne umzudeuten. Indessen war von einem berufsständischen Aufbau – nur der Begriff "Arbeiterstand" tauchte auf – nicht die Rede. Insgesamt war die Vereinbarung vom 28. April sicherlich eher ein notdürftig zusammengefügtes Dach als ein tragfähiges Fundament für eine spätere Einheitsgewerkschaft; um letztere Funktion erfüllen zu können, hätte es eines sowohl den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen als auch den unterschiedlichen Programmtraditionen eher entsprechenden Kompromisses bedurft. Von daher ist das Abkommen gewiß ein Beitrag zur Verständigung, nicht jedoch zur Aussöhnung oder gar Verschmelzung der Richtungsgewerkschaften gewesen. Für Kaiser war das Programm des Führerkreises indessen, wie er rückschauend bestätigte, die "Grundlage" des Zusammenschlusses.<sup>69</sup>

Auch ist nicht zu übersehen, daß die nationalsozialistische Machtübernahme keineswegs nur als Impuls zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft gewirkt hat; vielmehr hatte sich der DHV – in der Kontinuität seiner in Teilen der evangelischen Angestelltenschaft durchaus erfolgreichen nationalistisch-antisemitischen Propaganda – bereits im Februar 1933 zum "Neuen Staat" bekannt; und auch der DGB, der Dachverband der christlich-nationalen Gewerkschaften, hatte sich im Frühjahr 1933 nicht mehr in der Lage gesehen, die Mahnungen und Protesterklärungen der Richtungsgewerkschaften zu unterzeichnen.

### Vom 1. zum 3. Mai

Daß der 1. Mai als "Tag der nationalen Arbeit" zum Feiertag erklärt wurde, fand am 21. April die Zustimmung des Vorstandes der Christlichen Gewerkschaften, die doch dem Maifeiertag zuvor wenig Gegenliebe gezollt hatten. Sie bewerteten diesen Feiertag nun als ein Zeichen dafür, "daß sich die Regierung Hitler zum sozialen deutschen Volkstum bekennt". Damit treffe sie "das Sehnen des besten Kernes der deutschen Arbeiterschaft, wie es in den Gewerkschaften seinen Ausdruck fand".<sup>70</sup>

69 Jakob Kaiser, Adam Stegerwald und die Gewerkschaftsfrage. Zum zehnten Jahrestag seines Todes, in: Soziale Ordnung 1955, Heft 11/12, S. 1–5, hier S. 1.

70 An die christliche Arbeiterschaft, in: Z Nr. 9 vom 1.5.1933, S. 105.

Die "Richtlinien" des Gesamtverbandes "für die Beteiligung am nationalen Feiertag" sahen zunächst einmal die grundsätzliche Teilnahme vor. Im einzelnen sollten am Morgen geschlossen konfessionelle Gottesdienste besucht werden. Auch bei den Festveranstaltungen sollten die christlich-nationalen Gewerkschafter unter Mitführung der Embleme und Zeichen ihrer Organisationen geschlossen mitwirken. Indes: "Sofern diese Embleme noch die Farben Schwarz-Rot-Gold tragen, kommen sie nicht mehr in Frage." In Verbindung mit der offiziellen Feier sollte zusätzlich eine eigene Veranstaltung der christlich-nationalen Gewerkschaften abgehalten werden.<sup>71</sup>

Die nationalsozialistische Mai-Feier wurde zu einem Propaganda-Spektakel ersten Ranges, an dem sich – aus ganz unterschiedlichen Gründen – auch zahlreiche Gewerkschafter aller Richtungen beteiligten. Jakob Kaiser jedoch nahm nicht an der Mai-Kundgebung teil.<sup>72</sup>

Die Hoffnungen, mit denen manche (Christlichen) Gewerkschafter den "Tag der deutschen Arbeit" begangen haben mögen, hielten nicht lange vor. Am 2. Mai wurden die Freien Gewerkschaften zerschlagen. Und am 3. Mai wurden Friedrich Baltrusch, Otte, Behrens und Kaiser, als Vertreter des Vorstandes der Christlichen Gewerkschaften, zu Robert Ley, dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, vorgeladen. Ley legte ihnen eine Erklärung vor, mit der sich die Christlichen Gewerkschaften dem "Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit" unterstellten. Nur Kaiser verweigerte die Unterschrift, wofür er am nächsten Tag als Landesgeschäftsführer abgesetzt wurde.<sup>73</sup> Kaisers Verhalten am 3. Mai war – wie er am 21. Juli 1933 an Albert Hackelsberger, den Verbindungsmann des Zentrums zur NSDAP, schrieb, "nicht nur ein Vorbehalt gegen die bedingungslose Unterwerfung, sie war auch ein Vorbehalt gegen die führenden Männer unserer eigenen Bewegung, deren allzu schnelle Bereittheit zur Unterschrift der inneren Kraft und dem inneren Wert der Gewerkschaftsbewegung nach meiner Überzeugung nicht entsprach."<sup>74</sup>

Diese Kritik Kaisers war wohl vor allem gegen Otte gerichtet, der die Auflösung der Christlichen Gewerkschaften ohne Widerstand und "in geordneten Bahnen" zu vollziehen versuchte. Zwar sollte – nach dem 3. Mai 1933 – die Arbeit der einzelnen dem Gesamtverband

71 Nach Tremonia vom 18.4.1933.

72 Siehe E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 180.

73 Siehe E. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 180 f.

74 Siehe Anm. 2.

angeschlossenen Gewerkschaften zunächst weitergeführt werden wie bisher, die Oberhoheit hatte jedoch eindeutig – das machte Otte klar – das „Aktionskomitee“. Bei den Verhandlungen sei zum Ausdruck gebracht worden, „daß auf die Mitarbeit der Christlichen Gewerkschaften Wert gelegt wird und daß die sachlich und fachlich geeigneten Kräfte Verwendung finden würden“. So könne und dürfe es auch für die Christlichen Gewerkschaften nichts anderes geben „als ehrliche und freudige Mitarbeit im neuen Staat“.<sup>75</sup>

Noch einige Wochen lang sah es so aus, als könnten die Christlichen Gewerkschaften in der Tat am Aufbau des „Neuen Staates“ mitwirken, wurden doch Otte, Brauer, Behrens und Kaiser in den 60-köpfigen Großen Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront (DAF) berufen. Daß Otte (und Wilhelm Leuschner vom ADGB) als technischer Berater der DAF-Delegation mit zur Internationalen Arbeitskonferenz nach Genf fuhren, deutet zudem auf die Anpassungsbereitschaft in der Führung der Gewerkschaften hin.

Das Scheitern der Bestrebungen der DAF in Genf, sich durch Delegierte aus den ehemaligen Gewerkschaften die Anerkennung der ausländischen Organisationen zu erwerben, führte in direkter Folge zu einer verschärften Diffamierung der Christlichen Gewerkschaften, von denen zahlreiche Führer am 22./23. Juni 1933 von Robert Ley aus der DAF bzw. dem Arbeitskonvent ausgeschlossen wurden. Fast alle Angestellten der Christlichen Gewerkschaften wurden fristlos entlassen, ohne daß bis zum Ablauf der Kündigungsfrist Gehälter bezahlt oder erworbene Unterhaltsansprüche erfüllt worden wären. Damit waren die Christlichen Gewerkschaften endgültig zerschlagen. „Otte und unsere Kollegen aus den christlich-nationalen Gewerkschaften“ – so faßte Petrus Serrarens, der Generalsekretär des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften, seine Darstellung der damaligen Ereignisse zusammen – „haben das Mögliche getan, um den neuen Staat zu unterstützen. Sie waren zur loyalen Mitarbeit bereit. [...] Es hat aber nichts genützt.“<sup>76</sup>

Die folgenden Monate waren geprägt von individuellem Protest gegen persönliche Verunglimpfung und Beschimpfung der Christlichen Gewerkschaften seitens Ley<sup>77</sup> und von den Versuchen, die Ansprüche auf

Gehalts- und Pensionszahlungen gegenüber der DAF durchzuzufechten, die allein von den Christlichen Gewerkschaften ein Vermögen von rund 24 Millionen Mark übernommen hatte. Vor allem Kaiser hat sich in dieser Frage engagiert und unter dem Deckmantel der Vertretung von Rechtsansprüchen zahlreiche Kontakte zu ehemaligen Christlichen Gewerkschaftern halten können. Das war der Ausgangspunkt einer weitgespannten konspirativen Tätigkeit, die schließlich in den Widerstandskreis des 20. Juli 1944 einmündete.<sup>78</sup>

<sup>75</sup> B. Otte, Neue Wege und neue Ziele, in: Z Nr. 10 vom 15.5.1933, S. 117–119.

<sup>76</sup> Siehe P.J. S. Serrarens, Die Revolution des Hakenkreuzes, Utrecht 1933, S. 7 ff.

<sup>77</sup> Siehe z. B. Stegerwald an Hitler vom 12.7.1933 (Stegerwald-Archiv, Nachtragsband, Nr. 21).

<sup>78</sup> Siehe dazu Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u. a. 1967, S. 23 ff.; vgl. auch T. Mayer, Ein christlicher Gewerkschafter.

## Anhang

### Mitgliederentwicklung der christlich-nationalen Gewerkschaften

Jahr	Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften	Deutscher Gewerkschaftsbund
1918	538 559	(Nov. ca.) 1 250 000
1919	1 000 770	(März ca.) 1 500 000
1920	1 105 894	1 733 320
1921	1 028 900	(ca.) 2 000 000
1922	1 033 506	?
1923	806 992	?
1924	612 952	?
1925	582 319	1 273 009
1926	531 558	1 037 208
1927	605 784	1 185 939
1928	647 364	1 265 478
1929	673 127	1 350 247
1930	658 707	1 370 793
1931	577 512	1 291 897
1932	?	(ca.) 1 160 000

Zahlen nach M. Schneider, Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, S. 492 und 771.